

## Vorwort

Die Rechtsform der Partnerschaftsgesellschaft gibt es mittlerweile seit mehr als 20 Jahren. Sie deckt eine Lücke bei den für die freien Berufen verwendbaren Rechtsformen ab. Das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz (PartGG) räumt den jeweiligen Berufsrechten zunächst den Vorrang ein. Es gibt freie Berufe, für die kaum gesetzliche Beschränkungen bestehen und es gibt freie Berufe, für die sehr weitgehende gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind, wie etwa für die Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer oder für Ärzte. Vor der Schaffung der Partnerschaft war bei vielen Berufen, wie etwa den Rechtsanwälten, eine Gesellschaftsgründung meist nur in der Rechtsform der Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit allen ihren negativen Folgen möglich, wonach jeder Gesellschafter für die beruflichen Fehler der Mitgesellschafter einzustehen hat und hierfür persönlich auch mit seinem Privatvermögen haftet.

Das Berufsrecht für die freien Berufe wurde parallel zur Schaffung der Partnerschaftsgesellschaft vielfach liberalisiert. So kann heute nach den jeweiligen streng reglementierten Berufsrechten für die freien Berufe weitgehend auch die Rechtsform der GmbH, vielfach auch die der AG oder GmbH & Co. KG verwendet werden. Jede Rechtsform hat ihre spezifischen Vor- und Nachteile, sodass die Auswahl bei der Gestaltung des Zusammenschlusses von Personen der freien Berufe einer detaillierten Betrachtung und Entscheidung bedarf.

Die Partnerschaftsgesellschaft ist letztlich eine vom Gesetzgeber besonders auf die freien Berufe umgestaltete OHG. Das PartGG regelt nur die Kernbereiche der Partnerschaft. Im Wesentlichen regelt es, dass nur natürliche Personen für die Ausübung ihrer freien Berufe Gesellschafter sein können, dass diese aktiv in der Gesellschaft mitarbeiten müssen und dass die Partner nicht für berufliche Fehler der anderen Partner haften. Soweit im PartGG keine besonderen Regelungen enthalten sind und auch die Verweisungen auf das Recht der OHG keine Regelung enthält greift das PartGG vielfach auf die gesetzlichen Regelungen der Gesellschaft bürgerlichen Rechts zurück.

Seit 2013 gibt es die Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung (Part mbB). In diesem Falle haftet auch der Partner nicht, der die beruflichen Fehler begangen hat. Voraussetzung hierfür ist der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung mit erhöhter Versicherungssumme.

Vor allem die wesentlich unterschiedlichen steuerrechtlichen Grundlagen der Besteuerung der Gesellschafter der Partnerschaftsgesellschaft als Mitunternehmer zur Besteuerung der Gesellschafter einer Körperschaft führen dazu, dass viele Träger der freien Berufe ihr Unternehmen als Personengesellschaft und nicht als Körperschaft führen wollen.

Besonders zu beachten ist bei der Verwendung der Rechtsform der Partnerschaft die persönliche Haftung aller Partner mit ihrem gesamten Vermögen, also auch mit ihrem Privatvermögen für alle sonstigen Verbindlichkeiten der Partnerschaft. Denn die besondere Haftungsbeschränkung der Partnerschaft kodifiziert lediglich die Haftung für berufliche Fehler, nicht aber die sonstigen Verbindlichkeiten, etwa für die Miete der Geschäftsräume, der Arbeitsverträge oder der Leasingverträge für die Anschaffungen. Hier bleibt es bei der unbeschränkten persönlichen Haftung eines jeden Partners.

Da das Recht der Partnerschaft viel Freiraum für individuelle Gestaltungen des Partnerschaftsvertrags lässt, ist es dringend zu empfehlen, den Vertrag sehr detailliert zu regeln. Dringend geboten sind insbesondere detaillierte Regelungen zur Gewinnbeteiligung und zu den Gewinnentnahmen, denn die Partner beziehen kein Geschäftsführergehalt wie etwa bei der GmbH, sondern die Vergütung für ihre Tätigkeit ist ihr Gewinnanteil.

Ferner sollte geregelt werden, welche Maßnahmen ergriffen werden können, wenn eine fehlerhafte Geschäftsführung vorliegt. Denn die Regelungen des HGB zur Möglichkeit der Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis eines Gesellschafters, auf die im PartGG verwiesen wird, sind so schwierig und langwierig umzusetzen, dass in diesen Fällen das Fortkommen der Partnerschaft infolge des Konflikts in der Regel erheblich beeinträchtigt wird.

Von Vorteil ist, dass die Partnerschaft schnell und einfach gegründet werden kann und hierfür keine Mindesteinlage notwendig ist, wie dies etwa bei der Gründung einer GmbH der Fall ist. Dennoch sollte man sich von diesen Vorteilen nicht zu schnell leiten lassen, denn eine spätere Umwandlung der Partnerschaft in die Rechtsform einer GmbH kann erhebliche steuerliche Nachteile durch die Aufdeckung von stillen Reserven zur Folge haben.